

Reinhold Robbe

Statement zum Friedenspapier der Evangelisch-reformierten Kirche

Gesamtsynode in Emden, 17. November 2017

I.

Vorbemerkung

Zunächst einmal danke ich dem Moderamen unserer Kirche für die Möglichkeit, aus meiner politischen bzw. ethisch-politischen Perspektive einen Blick auf das uns vorgelegte Friedens-Papier zu werfen. Nun nehme ich nicht für mich in Anspruch, die ganze breite Palette von unterschiedlichen politischen Sichtweisen widerzuspiegeln. Das erwartet wohl auch kaum jemand. Ich will vielmehr versuchen, das Papier durch meine spezielle Brille zu betrachten. Das ist die Sichtweise eines ehemaligen Verteidigungs- und Sicherheitspolitikers, der als junger Mann den Kriegsdienst der Waffe verweigerte und in seinem letzten Wahlamt als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages für die Kontrolle der deutschen Streitkräfte zuständig war.

Das ist aber gleichzeitig auch die Sichtweise eines Zeitgenossen, der sich nicht zuletzt in seiner christlichen Verantwortung nach wie vor um sicherheitspolitische Themen im weitesten Sinne kümmert, aber darüber hinaus auch um das Schicksal von Kriegsflüchtlingen im Nahen und Mittleren Osten, sowie um die Bekämpfung von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bei uns im Land.

Konkret unterstütze ich beispielsweise eine deutsche Nichtregierungsorganisation, die

im Irak seit 2004 im großen Umfang Häuser für Binnenflüchtlinge im Auftrag der Vereinten Nationen errichtet und im Bereich der Soforthilfe für Flüchtlinge mit Schwerpunkt im Irak tätig ist.

Ich stehe übrigens noch sehr unter dem Eindruck einer Irak-Reise vor wenigen Tagen, die überschattet wurde von den Auswirkungen des aktuellen Versuchs der irakischen Armee, die Stadt Mossul von dem Terror-Regime des sogenannten Islamischen Staates zu befreien.

II.

Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein.

Das vorliegende Papier – ich nenne es im Folgenden verkürzt und der Einfachheit halber „Friedens-Papier“ - wird uns zu einem Zeitpunkt präsentiert, der – zumindest aus meiner Sicht – nicht besser geeignet sein könnte. Wenn wir uns umschauen in der Welt, dann haben wir es mit vielen elementaren Problemen und globalen Herausforderungen zu tun. Dazu zählen neben den vorhandenen ökonomischen und sozialen Fragen die schier unlösbar erscheinenden Themen, wie zum Beispiel die Bekämpfung des Terrorismus in allen seinen Ausprägungen oder die vielen Kriege und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralasien und in Afrika. Und schließlich zählen auch die Umweltkatastrophen zu diesen zentralen und weltweiten Problemen, für die sich keine wirklich nachhaltigen Lösungen abzeichnen.

Gleichzeitig nehmen wir eine höchst besorgniserregende gesellschaftliche Entwicklung

wahr bei uns, bei unseren europäischen Nachbarn, bis hin zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Entwicklung ist geprägt von einem gefährlichen Nationalismus, von einem oftmals blindwütigen Populismus und einer verbalen Radikalisierung der Gesellschaften.

Als das Moderamen vor wenigen Monaten den Beschluss fasste, dieses Friedenspapier zu formulieren, konnte niemand wissen, wie die Welt heute, am 17. November 2016, aussehen würde. Die allerwenigsten haben sich auch nur ansatzweise vorstellen können, dass ein politisch vollkommen unerfahrener und – zumindest im Wahlkampf – als regelrechter Hass-Prediger agierender Populist der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein würde. Weshalb ist der Wahlausgang in den USA für unsere Diskussion überhaupt relevant?

Nun, zum einen besteht die große Gefahr, dass die Methoden eines Demagogen wie Donald Trump, nämlich vermeidlich einfache Lösungen auf hochkomplexe Fragen zu suggerieren, auch auf Europa und auf unsere Gesellschaft übertragen werden. Und zum anderen wird es nach meiner Einschätzung auf jeden Fall einen Paradigmenwechsel geben mit Blick auf den Rückzug des amerikanischen Einflusses aus Europa mit allen Konsequenzen, wie beispielsweise der Forderung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik übernimmt. Dieser Paradigmenwechsel wird uns Europäern – und ganz speziell uns Deutschen – noch einiges abverlangen:

- Beispielsweise ein verändertes Bewusstsein, was die ökonomischen, sozialen und sicherheitsrelevanten Bedürfnisse unserer Bündnispartner betrifft, insbesondere an den ost- und südeuropäischen Außengrenzen.
- Dann die Bereitschaft, für diese größere Verantwortung auch die finanziellen Mittel bereitzustellen. Nicht erst seit Donald Trump gibt es von den USA die Erwartungshaltung, dass Deutschland mindestens zwei Prozent seines Bruttoinlandproduktes für Militärausgaben bereitstellt. Aktuell macht der Verteidigungsanteil am Bundeshaushalt gerade mal 1,4 Prozent aus.
- Aber auch die im Friedenspapier angedeutete Tatsache, nach der sich viele internationale Institutionen derzeit in einer schweren Krise befinden würden, erhöht den Druck auf Deutschland als die bestimmende und wirtschaftlich wohl stabilste Macht in Europa. Die akute Gefahr eines weiteren Zerfalls der Europäischen Union ist inzwischen leider mehr als eine theoretische Annahme. Wenn nach dem Ausscheiden Großbritanniens im nächsten Jahr eine ähnliche Entwicklung unter einer rechtsgerichteten Regierung bei unseren französischen Nachbarn droht, dann geht es nicht mehr nur um eine Schwächung der EU, dann droht konkret die Gefahr des Zerfalls der Europäischen Union.
- Und schließlich erfordert der von mir genannte Paradigmenwechsel einen gesellschaftlichen Diskurs über alle diese Fragen. Ein Diskurs, der sich nicht nur im Deutschen Bundestag oder in politischen Zirkeln abbildet, sondern in unserer

gesamten Gesellschaft. Dieser Diskurs ist meines Erachtens die Grundvoraussetzung, um den Populisten mittel- und langfristig den Boden zu entziehen und andererseits das zu generieren, was man als gesamtgesellschaftliche Verantwortung bezeichnet.

Spätestens seit Beginn des starken Zustroms von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika hat sich auch bei uns in Deutschland einiges negativ verändert. Wo bisher geordnete und überwiegend sachliche Diskussionen die Regel waren, werden heute nicht selten begründete Argumente durch Hasstiraden, Polemiken und Wutausbrüche ersetzt. Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen zeichnen ein Bild von der Verunsicherung großer Teile unserer Gesellschaft. Und die Tatsache, dass diese Entwicklung in anderen Staaten, wie Ungarn, Polen oder Frankreich noch extremer ist, kann keine wirkliche Beruhigung sein.

Auch vor diesem geschilderten Hintergrund ist das Friedenspapier eine gute Grundlage für einen schon seit langer Zeit notwendigen sachlich fundierten und breiten gesellschaftlichen friedenspolitischen Diskurs in unserer Kirche, aber eigentlich auch noch weit darüber hinaus. Insofern kommt dem Friedenspapier eine regelrechte Signalwirkung innerhalb unserer Evangelischen Kirche in Deutschland zu. Zeitpunkt, Inhalt und Duktus des Friedenspapiers sind sehr gut dafür geeignet, jetzt die richtigen Impulse innerhalb und außerhalb der Kirche zu setzen.

Es war der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler, der im Zusammenhang mit dem

Interesse der Deutschen an der Friedens- und Sicherheitspolitik von einem „freundlichen Desinteresse“ sprach. Aber auch von amtierenden Politikern wird immer wieder ein mangelndes Interesse beklagt. Und am deutlichsten spüren es die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, wenn sie vom Deutschen Bundestag in die verschiedenen Einsätze dieser Welt geschickt werden, um Krisen zu bewältigen oder den Frieden zu sichern. Wie oft habe ich selber nicht die Klage der Bundeswehrangehörigen vernommen, außerhalb der Kasernen fühlten sich die Soldaten allein gelassen. Die sogenannte Zivilgesellschaft wolle im Grunde nichts zu tun haben mit dem, was außerhalb Deutschlands vor sich gehe. Diese Zurückhaltung ist nicht nur auf Desinteresse zurückzuführen, sondern sie korrespondiert auch mit einer grundsätzlichen Ablehnung allen Militärischen in unserem Land.

Diese grundsätzlichen Anmerkungen wollte ich vorausgeschickt haben, bevor ich jetzt auf einzelne Inhalte des Friedenspapiers in der gebotenen Kürze eingehe.

III.

Ein allgemeines Wort zur Form und Struktur des Friedenspapiers:

Im Gegensatz zu anderen grundsätzlichen Stellungnahmen, wie beispielsweise der letzten ausführlichen Friedensdenkschrift des Rates der EKD, hat das vorliegende Friedenspapier den großen Vorteil, wesentlich kompakter, klarer in den Aussagen und damit verständlicher und besser anwendbar für die Gemeinden als Nutzer des Papiers

zu sein.

Auch wenn das Friedenspapier nicht als eine Art „Gebrauchsanweisung“ für die friedensethische Diskussion in der Reformierten Kirche missverstanden werden darf, so bietet es den interessierten Lesern doch einen ausgezeichneten Einstieg in die von den Autoren des Friedenspapiers geforderte „neue Diskussion zum kirchlichen Friedensengagement“.

Das Friedenspapier verzichtet erfreulicherweise weitgehend auf eine abgehobene Expertensprache, die für Außenstehende kaum nachzuvollziehen ist, und die inhaltliche Gliederung des Papiers erleichtert dem Leser die Verarbeitung dieses gewiss nicht einfachen Themas.

IV.

Zu den wesentlichen Schwerpunkten des Friedenspapiers sind aus der Perspektive des politischen Betrachters folgende Punkte bemerkenswert:

Das Friedenspapier unterstreicht kraftvoll, klar und eindeutig die zumindest im Deutschen Bundestag inzwischen unstrittige Lehre, wonach es keinen „gerechten Krieg“, sondern nur einen „gerechten Frieden“ geben kann. Diese Kernbotschaft liest sich so selbstverständlich, als hätte es nie eine andere Erkenntnis gegeben. Wenn wir jedoch bedenken, dass bis hin zu den Interventionskriegen im Kosovo, im Irak und in

Afghanistan die Philosophie des „gerechten Krieges“ bei unseren Bündnispartnern, aber streckenweise auch bei uns eine dominierende Sichtweise darstellte, dann kann man die Klarstellung in dem Friedenspapier gar nicht hoch genug bewerten. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Philosophie vom „gerechten Krieg“ umfassend aufzuarbeiten. Weil die falsche Aussage vom „gerechten Krieg“ aber immer wieder in Diskussionen aufkeimt, ist die Klarstellung im Friedenspapier in dieser Eindeutigkeit notwendig und angemessen.

Das Konzept des „Responsibility to Protect“, also das Konzept der sogenannten Schutzverantwortung, das sich aus dem Völkerrecht ableitet und innerhalb der Vereinten Nationen entwickelt wurde, ist nach meiner Überzeugung übrigens nicht gleichzusetzen mit der Philosophie eines „gerechten Krieges“. Das Prinzip der Schutzverantwortung resultiert ja vielmehr aus dem Versagen der Internationalen Staatengemeinschaft bei den Genoziden in Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Dem hilflosen und ohnmächtigen Agieren von UNO-Blauhelm-Soldaten im Falle eines Völkermordes sollte als präventives Mittel die Schutzverantwortung für die wehrlose Zivilbevölkerung entgegengesetzt werden.

Die klare und nicht verhandelbare Priorisierung des Friedensauftrages der Kirche wird in dem Papier überzeugend festgeschrieben. Oder um es mit Gustav Heinemann zu sagen: *Der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.*

Die Nennung der wesentlichen Quellen für diesen Friedensauftrag, wie die einschlägigen Bibelbezüge, die Seligpreisungen oder auch das Dokument des Weltkirchenrates von Amsterdam aus dem Jahre 1948 sind eine gute Zusammenfassung und hilfreich für eine intensive Befassung.

V.

Einen breiten Raum im Friedenspapier nehmen das Recht und die davon abgeleitete Gerechtigkeit ein.

Ausgehend von der Barmer Erklärung beschreibt das Friedenspapier die Aufgaben von Kirche und Staat. Die zentrale Aufgabe der Regierenden, nämlich für Recht und Frieden zu sorgen, korrespondiert mit der Aufforderung an die Regierten, sich der eigenen Verantwortung für Staat und Gesellschaft in jeder Hinsicht bewusst zu sein.

Der Aufruf der Amsterdamer Ökumenischen Weltversammlung aus dem Jahre 1948, die „Völker der Welt“ müssten sich zu der „Herrschaft des Rechts“ bekennen, ist gerade heute in dieser aus der Fugen geratenen Welt aktueller und dringender denn je. Russlands Präsident Putin und der syrische Diktator Assad missachten das Völkerrecht in eklatanter Weise und sind verantwortlich für Hunderttausende von Kriegstoten und Millionen von verfolgten und vertriebenen Menschen.

Der Aufruf der Weltversammlung gilt jedoch im gleichen Maße für Staaten, wie Ungarn, Polen und erst recht für die Türkei. Denn dort gibt es Bestrebungen, die

Unabhängigkeit der Justiz mindestens einzuschränken, wenn nicht sogar auszuhebeln, wie wir es derzeit fast tagtäglich in der Türkei erleben müssen.

Die verschiedenen Ausprägungen des Rechts werden in dem Friedenspapier unter diversen Gesichtspunkten beleuchtet. Die Abhängigkeit des Friedens von der gesellschaftlichen Gerechtigkeit wird ebenso behandelt, wie die Wechselwirkungen zwischen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen dieser Erde und dem Entstehen von Kriegen und Fluchtbewegungen.

Als ganz zentrale Aussage des Papiers werden die Leitbegriffe „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und die „Bewahrung der Schöpfung“ in den Mittelpunkt gestellt. Eine zutiefst theologische und ökumenisch verträgliche Aussage, die interessanterweise zumindest in die Programme der etablierten Parteien in Deutschland Einzug gefunden hat.

Die starke Betonung des staatlichen Gewaltmonopols und des Völkerrechts in dem Friedenspapier sind nicht nur hilfreich, sondern absolut erforderlich, weil sie uns vor Augen führen, dass diese beiden elementaren Instrumente in sämtlichen Krisenherden mit asymmetrischer Kriegsführung in dieser Welt außer Kraft gesetzt sind.

VI.

Von der Wirklichkeit der Kriege als Widerspruch zur christlichen Friedensbotschaft ist im dritten Teil des Friedenspapiers die Rede.

Ausgehend vom biblischen Sündenfall wird hier die Entwicklung der unerlösten Welt in deutlichen Farben gezeichnet. Frieden, so heißt es dort beispielsweise, sei nicht der Normalzustand der Welt. Auch das jahrelange Ausblenden von schwelenden Kriegen und das unbegreifliche Phänomen des Terrorismus werden deutlich angesprochen ohne jedoch mit „ausgestrecktem Zeigefinger“ zu argumentieren. Sehr selbstkritisch wird auch die Rolle der Kirche in diesem Zusammenhang angesprochen.

Natürlich dürfen im Friedenspapier keine Stichworte fehlen, die in der sicherheitspolitischen Debatte eine wichtige Rolle spielen. Dazu gehören die kompromisslose Ablehnung der Massenvernichtungswaffen, die für uns Reformierte bekanntlich eine ganze besondere Bedeutung hat, wie auch der zunehmende internationale Waffenhandel, wenngleich die verkürzte Form der Darstellung im Friedenspapier der Komplexität des Themas nicht ganz gerecht wird. An den Beispielen „Israel“ und „Autonome Region Kurdistan“ lässt sich meines Erachtens gut darlegen, was es bedeuten würde, wenn in diesen Fällen eine deutsche Unterstützung unterbliebe. Wegen der existenziellen Bedrohung des Staates Israel durch den Iran und anderer arabischer Staaten sowie wegen unserer historischen Verpflichtung dem jüdischen Staat gegenüber ist es nach meiner Auffassung wohlfeil, die Lieferung von deutschen U-Booten anzuprangern ohne jedoch eine Antwort auf die Frage zu geben, wie der Bedrohung Israels konkret entgegengewirkt werden kann.

Als dringend ergänzungsbedürftig betrachte ich das Kapitel vom Widerstand gegen den Terrorismus. Konkret heißt es beispielsweise im Friedenspapier: „Bei dem Versuch,

das Böse ‚auszuradiieren‘, stacheln wir unvermeidlich Böses an.“ Und belegt wird dann die These mit den Krisenherden Irak, Afghanistan und Libyen. Bei diesen Staaten, so heißt es dann weiter im Friedenspapier, sei die Bekämpfung des Terrorismus mit militärischen Mitteln vergeblich gewesen und hätten keinen Frieden gebracht. Diese Aussage erinnert mich auch an den verkürzten und deshalb kritikbehafteten Satz: „Nichts ist gut in Afghanistan“.

Hier werden drei unterschiedliche Krisenherde mit ganz verschiedenen Entwicklungen und Rahmenbedingungen quasi in einen Topf geworfen. Unabhängig von meiner persönlichen Bewertung dieser vom Terrorismus gebeutelten Staaten ist es notwendig, die Ursachen für die Krisen und die Verschiedenheit der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Strukturen auch in einem Friedenspapier unserer Kirche zu beachten. Wenn sich auf der einen Seite in Afghanistan immer deutlicher abzeichnet, dass die Taliban offensichtlich bis heute militärisch nicht zu besiegen waren, so gibt es bei der Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates im Irak durchaus Fortschritte. Ob die genannten Staaten irgendwann vom Terror restlos befreit werden können, muss dahingestellt bleiben. Wenn das Friedenspapier jedoch als Alternative auf „präventive und polizeiliche Maßnahmen“ und auf die christliche Einsicht setzt, durch ein „solidarisches Miteinander“ in diesen Staaten überleben zu können, dann ist das meines Erachtens das an der Realität vorbei argumentiert.

Der „Islamischen Staat“ ignoriert bekanntlich nicht nur das Völkerrecht und sämtliche westlichen Werte und Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens. Der „Islamische

Staat“ lehnt es schlichtweg ab, „Ungläubige“ in deren Existenz zu akzeptieren. Für diese Terroristen gibt es zur bedingungslosen Unterwerfung aller „Ungläubigen“ keine Alternative. Sämtliche Grundregeln der menschlichen Zivilisation sind im „Islamischen Staat“ außer Kraft gesetzt. In ihren grausamen Methoden sind die islamistischen Terroristen ohne Beispiel. Deshalb greift der Appell an die menschliche Vernunft und an die Solidarität der Akteure in diesem Fall wirklich zu kurz.

Aber es werden an anderer Stelle des Friedenspapiers zumindest die richtigen kritischen Fragen formuliert, die deutlich machen, dass es „um der Opfer willen“ und zur „Verhinderung größeren Leids“ oder zur Wahrung der staatlichen Ordnung ohne Waffengewalt nicht geht.

VII.

Ein für mich sehr wichtiger Abschnitt des Friedenspapiers befasst sich mit der „Wertschätzung und Kritik staatlicher Ordnung“.

Hier werden jetzt noch einmal sehr klar und nachvollziehbar die Aufgaben eines „demokratisch und gesellschaftlich kontrollierten Staates“ beschrieben. Unter Berufung auf „Barmen V“ wird dem Staat zugestanden, auch „unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“. Und weiter heißt es: „Das Eintreten für Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechte gehört heute zu den dringlichsten Anliegen gerade auch des kirchlichen Friedenszeugnisses.“ Davon

abgeleitet werden dann die Notwendigkeit für „eine funktionsfähige und gut ausgebildete Polizei“ und das Zugeständnis an die „internationale Gemeinschaft, unter Umständen auch mit militärischen Mitteln der Gewalt Einhalt zu bieten“. Dass diese Zugeständnisse an den - stets als Ausnahme gedachten - Einsatz von polizeilicher oder militärischer Gewalt grundsätzlich mit eng gefassten Konditionen und rechtsstaatlichen Auflagen verbunden sind, ist nicht nur aus kirchlicher Sicht eine Selbstverständlichkeit.

Und wenn im Friedenspapier unter Berufung auf Dietrich Bonhoeffer und Karl Barth auf das Gebet und die Fürbitte eingegangen wird, steht auch hier wieder die „politische Mitverantwortung als christliche Grundform“ (Karl Barth) im Mittelpunkt.

Das Gebet wird nicht als Zeichen des Sich-Abwendens von dieser Welt mit seinen vielfältigen Problemen verstanden, sondern – auch wieder ganz im Sinne von Karl Barth – als „Anfang der Auflehnung gegen die Urordnung der Welt“.

VIII.

Meine abschließenden Bemerkungen:

Mit dem Friedenspapier mischt sich unsere Reformierte Kirche in die aktuelle Debatte um den richtigen Weg zu einem dauerhaften und belastbaren Frieden in der Welt ein. Gleichzeitig werden die theologischen Rahmenbedingungen und unveräußerlichen Anforderungen an eine Friedenspolitik formuliert. Und diese Friedenspolitik mit christlichem Anspruch muss eben mehr bedeuten als die „Abwesenheit von Krieg“.

Das Friedenspapier erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, zu den komplexen Problemen dieser Welt „eindeutige“ und allumfassende kirchliche Positionen zu beziehen. Es will vielmehr eine Diskussion – und ich will hinzufügen: eine zwingend notwendige Diskussion – anstoßen. Dafür ist dieses Papier nach meiner festen Überzeugung eine ausgezeichnete Grundlage.

Wenn wir in unserer Reformierten Kirche mit einem neuen Diskurs über den Frieden beginnen, dann ist das eine bemerkenswerte Initiative, die gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Aber natürlich darf der Diskurs nicht nur auf unsere Kirche beschränkt bleiben, sondern er bedarf der gesamtgesellschaftlichen Einbindung; - genau so, wie es der Anspruch des Friedenspapiers ist.